

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der Bezugspreis ist mit Beginn jeden Monats bekannt gegeben. Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Zeitung, d. Mitarbeiter od. d. Verlagsanstalt) hat der Eigentümer keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen des Gemeinderates zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kolob“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Verleger: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla. Druck: Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla. Bezugspreis: 1,20 M. pro Quartal. Einzelhefte: 40 Pf. pro Stück. Anzeigenpreise: siehe Anzeigenteil.

Nummer 114

Freitag, den 25. September 1931

30. Jahrgang

Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 24. September, 1931.

Bereits heute Donnerstag beginnen die Schauburg-Lichtspiele mit der Vorführung eines lustigen deutschen Tonfilms der seine Entstehung der berühmten Willkür Operette „Der Teufelsdröckel“ verdankt. Einzigartig die Darstellung eines Fritz Schulz, Hermann Wipha, einer Truppe von Kauten und blendend werden die unsterblichen Teufelsdröckelweisen von dem bekannten Kompositioner Heinz Hollmann und seiner Partnerin Jarmila Novotna gesungen. Eine Fülle lustiger Szenen wie: „Das fidele Gefängnis; Ach, ich hab sie ja nur auf die Schuftern gefügt; Nach für eine Ohrfeige; Der falsche Juror und die schöne Polin; Verhaftung im Ball-Jail, werden nämlich die Zuschauer begeistern. Ein Nidimand-Film wie auch der Naturfilm und die Wochenschau tragen zur Vervollständigung dieses außergewöhnlichen Programms bei. Vollständige Vorstellungen sei die Anerkennung, den die Einwohner der Schauburg-Lichtspiele für ihr Bestreben, ständig etwas besonderes zu bieten, damit zum Ausdruck bringe.

Der Sächsische Landbund hat sich mit einer Eingabe an das Innenministerium gewandt, in der gefordert wird, gegen die zunehmende Unsicherheit auf dem Lande Maßnahmen zu treffen. In der letzten Zeit seien zahlreiche Drohungen gegen landwirtschaftliche Betriebe laut und zum Teil in die Tat umgesetzt worden. Von linksradikaler Seite werde beabsichtigt, durch Niederbrennen von Bauerngehöften die Ernährungsschwierigkeiten zu verschärfen. Der Landbund sei der Ansicht, daß Felddiebstahl bandenmäßig begangen werden. Das Ministerium wird gebeten, die Maßnahmen des Staates rücksichtslos einzusetzen und der Landwirtschaft den notwendigen Schutz zu gewähren.

Dresden. Verurteilter Raubüberfall. In der Kleinen Plauenischen Gasse überfielen zwei Jugendliche eine Fernmieterin und veranlaßten unter Bedrohung mit einem Messer Geld. Als die Frau um Hilfe rief, stürzten die Täter, die sich durch Vorhänden weißer Tücher unkenntlich gemacht hatten. Die Kriminalpolizei konnte schon am nächsten Tag die Verbrecher, den 19jährigen landwirtschaftlichen Gehilfen John und den gleichaltrigen Arbeiter Thomas aus Dresden, festnehmen; sie haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Dresden. 23 Schaufenster eingeschlagen. In der Nacht zum Mittwoch beobachteten Straßenpassanten in der John- und in der Wettiner Straße einen Mann, der mit einem Hammer mehrere Schaufenster einschlug. Sie brachten ihn zur Polizeiwache, von wo er, da er den Eindruck eines Geisteskranken machte, ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Er gab an, insgesamt 23 Schaufenster eingeschlagen zu haben.

Wilde Verbrecherjagd über die Dächer

Leipzig. Der Kriminalpolizei war bekannt geworden, daß der 21jährige Walter Bitterl, der von der Staatsanwaltschaft Weiden wegen Urkundenfälschung feldmäßig gesucht wird, sich in einem Grundstück in der Goebenstraße in Gohlis bei seiner Ehefrau aufhalte. Die mit der Festnahme beauftragten beiden Kriminalbeamten wurden durch drei Schutzpolizisten unterstützt, weil bekannt war, daß Bitterl von der Schutzpolizei rücksichtslos Gebrauch machen würde. Auf die Aufforderung der Beamten zu öffnen, erwiderte Bitterl, daß er nicht aufmache, vielmehr sofort fliehen und seinen niederknallen würde, der ihm in den Weg komme, und schoß auf einen im Garten postierten Beamten, den er ins Bein traf. Der Beamte erwiderte das Feuer, ohne zu treffen. Bitterl flüchtete über die Dächer in ein Grundstück der Friedrich-Karl-Straße, eilte die Treppen hinauf, drückte die Bodentür ein und kletterte zum Dachfenster hinaus. Vorher hatte er einen Beamten durch einen Streifschuß leicht verletzt, ebenso dessen Hund. Inzwischen war auch das Weiberallkommando eingetroffen. Bitterl wurde wiederholt aufgefordert, sich zu ergeben. Da er keine Folge leistete, sondern weiter auf die Beamten schoß, erwiderten diese von unten aus das Feuer, wobei Bitterl mehrfach getroffen wurde, bis er schließlich zusammenbrach; er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Leipzig. Auch Abbaunach oben. Im Zusammenhang mit der Entlassung von 650 Straßbauern ist in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen worden, ob auch die Verwaltung der Straßenbahn den jetzigen Verhältnissen entsprechend wirtschaftlich gehalten ist und nicht ein zu aufgeschwemmter Verwaltungsapparat unterhalten wird. Hierzu erklärten wir vom Rat der Stadt, daß bei der Übernahme der Straßenbahn in die städtische Verwaltung an Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten gewisse Personen vorhanden waren. Die Zahl der jetzt beschäftigten Personen in diesen Stellen beträgt fünf.

Schwarzenberg. Der 20jährige erwerbslose Schlosser Herbert Müller erlosch im Stadtwald Hohenneune seine Geliebte, die Hauswirtschafterin Kette aus Beiersfeld, und stürzte sich darauf selbst durch einen Schuß. Der Grund zur Tat soll in Liebeskummer zu suchen sein.

Wolkstein. Vor dem hiesigen Amtsgericht fand am Dienstag die Versteigerung des schönen, im Schopausal liegenden Schlosses Scharfenstein statt, die auf Betreiben der Deutschen Bodencredit-A.G. in Berlin wegen einer Forderung von 354 000 RM durchgeführt wurde. Das Schloss, das 1241 erbaut wurde, befindet sich seit 1492, also seit etwa 440 Jahren, im Besitz der Familie von Einsiedel. 1921 richtete ein großer Brand am Schloß erheblichen Schaden an. Die Hauptursache der Versteigerung ist vor allem in der allgemein schlechten Lage der Landwirtschaft zu suchen, die es den Besitzern unmöglich machte, den Verpflichtungen nachzukommen. Der Wert des Schlosses mit den Rittergütern Scharfenstein, Grünau und Weida (insgesamt 495 Hektar, darunter 318 Hektar dreifelh. bis vierzehnjähriger Waldbesitz) ist auf etwa 342 000 RM geschätzt worden einschließlich eines zum Schloß gehörenden größeren Steinbruchs und eigener Jagdberechtigung. Das einst vorliegende Angebot war von Fabrikbesitzer Cullis aus Grünau bei Fährbrücke (Waldenfels) in Höhe von 330 000 RM abgegeben worden. Der Zuschlag wird in zwei Wochen erfolgen.

Geithain. Tödlicher Sturz. Der in der Nicolaistraße wohnende 77 Jahre alte Privatmann Hermann Müller stürzte beim Abnehmen von Weintrauben an seinem Haus von der Leiter und starb noch am gleichen Tag.

Chemnitz. Rätselhafter Leichensund. Zwischen Wüstenbrand und Oberlungwitz, unweit der Alten Quartmühle, fand man am Rande des Teiches Kleidungsstücke des 26 Jahre alten Drechlers Erich Schöpfer aus Oberlungwitz. Beim weiteren Nachforschen wurde auch eine Leiche gefunden, aber nicht die des Schöpfer, sondern des gleichaltrigen Arbeitlosen Walter Börmigen. Da Börmigen der NSDAP und Schöpfer der SPD nahe stand, vermutete man zunächst einen politischen Mord. Da aber die später gefundene Leiche des Schöpfer ebenfalls keine Verletzungen aufweist, glaubt die Kriminalpolizei, daß es sich um keine Tat mit politischem Hintergrund handelt, vielmehr um zwei vollkommen getrennte Selbstmorde, die zufälligerweise fast zur gleichen Zeit und am gleichen Ort begangen wurden. Börmigen wie Schöpfer sollen in letzter Zeit Selbstmordabsichten geäußert haben.

Chemnitz. Todessturz. In Hartmannsdorf kam der Gastwirt Johann Böhler aus Göppersdorf mit seinem Motorrad ins Schleudern, stürzte und erlitt einen Schädelbruch sowie schwere innere Verletzungen, denen der Verunglückte bald darauf erlag.

Chemnitz. Den Verletzungen erliegen. Der Kaufmann Winter, der, wie gemeldet, vor seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter aus dem Fenster des Gerichtsgebäudes auf den Hof sprang, ist im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Jalkenstein i. V. Ermittelt. Der Autofahrer, der in der Elfelder Straße den Schneidermeister Gemeinhardt überfuhr und stürzte, ohne sich um den Getöteten zu kümmern, ist jetzt ermittelt. Es handelt sich um den jüngeren Bruder des Kraftwagenbesitzers Gerber in Elfeld. Der junge Mann war ohne Führerschein gefahren und wurde nach der Vernehmung ins Gefängnis eingeliefert.

Winter im Erzgebirge

Annaberg. Im Erzgebirge herrscht bis 500 Meter Seehöhe herab Frost. In den höheren Lagen trat abermals Schneefall ein. Auf dem Fichtelberg ist die Schneedecke auf 16 Zentimeter Höhe angewachsen.

Altenburg. Keine Stilllegung. Wie von der Verwaltung der hiesigen Riebedrauerei mitgeteilt wird, entsprechen die Gerüche von einer geplanten Stilllegung nicht den Tatsachen.

Geständnis des Troitzendorfer Mörders

Görlitz. Im Gerichtsgefängnis erfolgte in der Troitzendorfer Mordangelegenheit eine Aussprache zwischen dem Mühlenbesitzer Klein und seinem 18 Jahre alten Sohn Georg, die sich äußerst dramatisch gestaltete. Der Mörder legte in Gegenwart seines Vaters ein umfassendes Geständnis ab, aus dem hervorgeht, daß er die Tat vorbereitet hatte. Da er Veruntreuungen begangen hatte, befürchtete er, mit seiner Mutter in Zwistigkeiten zu geraten. Um Geld für seine Flucht zu erhalten, schaffte er bereits am Nachmittag vor der Mordtat Roggen, der zur Vernehmung bestimmt war, beiseite, um ihn nach der Tat zu verkaufen. Hammer und Ät legte er bereit. Nach der Arbeit in der Mühle ging er ins Schlafzimmer der Mutter und überzeugte sich, ob sie schlief. Dann führte er die Hammerschläge aus, ging zu Bett und horchte, ob die Mutter noch atme. Der neunjährige Ernst trat im Morgengrauen an das Bett des Mörders, worauf dieser sich entschloß, auch die Kinder als lästige Zeugen der Tat umzubringen. Ferner hatte er die Absicht, die Leichen in das tiefe Mühlenwasser unter das Mühlrad zu werfen, um so die Tat zu verbergen. Es liegt also vollendet Mord und kein Totschlag vor. Nach der ersten Vernehmung wiederholte der Mörder auch dem Oberstaatsanwalt gegenüber sein Geständnis und schilderte die Tat nochmals in allen ihren Einzelheiten.

Sächsischer Arbeitsmarkt

Anauhaltigkeitszahlen die Zahlen

Dresden, 24. September.

Die Zunahmewegung der Arbeitsuchenden hat sich in der ersten Septemberhälfte verstärkt. Die Zahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich von Ende August bis Mitte September von 532 887 auf 545 349, also um 12 462 oder 2,3 vom Hundert.

Es ist zu hoffen, daß durch die neue Milderung der Sperrverordnung für den Wohnungsbau wieder eine Anzahl Bauarbeiter Beschäftigung erhalten kann. Während der Berichtszeit kamen jedoch die Entlassungen auf Grund der Augustverordnung über Sperrung der Mietzinssteuerzuschüsse für den Wohnungsbau in starkem Umfang zur Wirkung. Die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter stieg von Ende August bis Mitte September von 46 698 auf 48 219 und die Zahl der arbeitssuchenden Bauhilfsarbeiter von 24 412 auf 24 806.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung erfuhr von Ende August bis Mitte September eine stärkere Zunahme als in der zweiten Augusthälfte, nämlich von 129 210 auf 134 577, also um 5367 oder 4,2 v. H. Dagegen war die Steigerung in der Krisenunterstützung etwas geringer als in der vorhergehenden Berichtszeit und vollzog sich von 133 407 auf 134 319, also um 0,8 v. H. Vermutlich haben hier die Aussteuerungen eine stärkere Zunahme verhindert.

Rundfunkprogramm für Freitag, den 25. September

Leipzig-Dresden

6,30 Junggymnastik und Frühkonzert; 8,15 Elektrische Ansätze im Haushalt; 12,05 Allerlei Sachen zum Hören und Lesen; 14,30 Studio des Mitteldeutschen Rundfunks; 15,15 Die Auslastungsverhältnisse in der Schmelzmetalle; 16,00 Steuerkunde; 16,30 Konzert; 17,30 Wissenschaftliche Ansätze; 18,00 Offenbach in der Anekdote; 18,25 Sprachenfunk Englisch; 19,00 Wie sollen wir Städte leben? 19,30 Tänze der Nationen; 21,10 Wege der Menschheit in Gedichten; 21,50 Julius-Kriegel-Stunde; 22,10 Nachrichtendienst; anschließend Tanzmusik.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, den 26. September

Leipzig-Dresden

6,30 Junggymnastik und Frühkonzert; 12,05 Wochenend-Duettüre; 12,25 Deutsche Kinder in aller Welt erzählen von ihrem Schulweg; 13,10 Musikprogramm; 14,15 Das ansässige Wort „Kunst“; 14,30 Vorkurs für die Kinder; 15,15 Jungmusik; 16,00 Praktische Rechtskunde; Jagdrecht; 16,30 Funkenratung; 17,00 Spanische Musik; 18,30 Deutsch; Schwierigkeiten des zweiten Halbes; 19,00 Die physikalischen Grundlagen der Musik; 19,30 Der Goldschmied von Toledo; Oper von Jacques Offenbach; 21,15 Wir helfen vor; Der Pedant; 22,15 Nachrichtendienst; anschließend Tanzmusik.

Turnen - Spiel - Sport.

Gaujugendtreffen der D. S.

Als da auf grünem Rasen von jungem Turnervolk so reizende Volkstänze gezeigt wurden, als jugendliche Freude die Gesichter der bunten Schar verschönte, da dachte wohl mancher der mehreren hundert Zuschauer an die eigene goldene Jugendzeit. Gegen 200 Jungvölkchen aus dem Turngau Mittelbecken waren am letzten Sonntag nach Rößliche gewandert, wo Frau Apoth. Glauisch in hochherziger Weise ihren herrlichen Park zur Verfügung gestellt hatte. Auf einem von hohen Bäumen umrahmten Wiesenplan entwickelte sich sofort ein fröhliches munteres Treiben. Um eine Musikgruppe herum wurden zu Paaren entzückende Volkstänze aufgeführt, deren Leitung in Händen des Bezirksjugendwartes Anders lag. Doch nicht nur zu reiner Freude, sondern auch zu ernstem Tun fand sich die junge Schar zusammen und so gelangte das von Gaujugendwart Nagelschla einstudierte und persönlich geleitete Urner Teufelspiel, dessen Aufführung beim letzten Groß-Gottaer Treffen durch allzu schlechte Witterung verhindert wurde, in Rößliche zum Vortrag. Der herrliche Park war das schönste und geeignetste Naturtheater. Schweizer Bauern und Söldner zogen auf, bald erschienen die trefflich wiedergegebenen Gestalten des Randoogies und Tellos. Hier Falschheit, Hochmut und Niedertracht, dort aufrechten Sinn, Ehrenhaftigkeit und Germanentreue. Es war ein getrenntes Spiegelbild des heutigen politischen Welttheaters. Und als dann ernst und feierlich der Müll-Schwur zum Himmel schrie: „Ewige Treue der Heimat, Schutz dem Edlen und Kampf dem Gemeinen und Verrat, da waren alle ergriffen von der sittlichen Erhabenheit des Teufels. Nachdem Gruß und Dank dem anwesenden Gauoberturnwart Böhmann, ganz besonderen Dank aber Frau Apoth. Glauisch für die treue Unterstützung der deutschen Turntätigkeit entboten und dann noch bei herrlichem Sonnenschein manche frohe Volkstänze gezeigt wurden, traten die Gruppen gegen 5 Uhr den Heimweg an, begleitet von vielen guten Segenswünschen für die Zukunft.

Die sächsische Spar-Notverordnung

Zur sächsischen Spar-Notverordnung, über die wir bereits gestern in großen Zügen berichteten, gab gestern Ministerpräsident Schick in einer Pressekonferenz eine ausführliche Begründung.

Sachsen hatte, so führte er u. a. aus, im August 1935, 105,5 Arbeitslose auf 1000 Einwohner gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 67,1.

Neben den Reichs- und Landessteuern sind auch die Einkünfte aus den Forsten und den gewerblichen Unternehmungen des Staates erheblich zurückgegangen. Die August- und September-Gehälter konnten nur teilweise gezahlt und andere Zahlungsverpflichtungen des Staates mußten hinausgeschoben werden. Eine Fortdauer dieses Zustandes müßte zum finanziellen Zusammenbruch führen. Die sächsische Regierung muß damit rechnen, daß das Reich eine besondere Aktion zugunsten der Wohlfahrts-erwerbslosen unternimmt und die Länder der Verpflichtung enthebt, die Hälfte der durch die Juli-Notverordnung ersparten Beträge an Befolgungen den Gemeinden für die Wohlfahrts-erwerbslosen zuzuführen. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich für die Monate September 1931 bis März 1932 ein Fehlbetrag von 17,8 Millionen RM.

Die großen direkten Steuern ebenso wie die Umsatzsteuer sind dem Zugriff des Landes entzogen. Die Regierung hat sich deshalb entschlossen, für dieselbe Zeit, für die die Beamtengehälter weiter gekürzt werden, die Schlachtsteuer um 50 Prozent und die Stempelsteuer um 20 Prozent zu erhöhen und für die Gerichts- und Verwaltungskosten einen Zuschlag von 15 Prozent vorzuschreiben. Bei der Schlachtsteuer macht das, auf das Pfund Fleisch berechnet, durchschnittlich nicht mehr als 1 bis 1 1/2 Pfennig aus. Zweck der Erhöhung der Staatseinnahmen hat die Regierung auch die von den Studierenden der Hochschulen zu entrichtenden Gebühren, die niedriger waren als in anderen Ländern, heraufgesetzt. Aus der Schlachtsteuer und Ausgleichsteuer für nach Sachsen eingeführtes Fleisch errechnet man eine Mehreinnahme von 3,6 Millionen Reichsmark, aus der Stempelsteuer von 0,35 Millionen Reichsmark, aus den Zuschlägen zu den Gerichts- und Verwaltungskosten von 0,3 Millionen RM. und aus der Studiengebühr von 0,19 Millionen RM.; das sind zusammen 4,44 Millionen RM.

Auf der Ausgabe Seite war neben schärfter Drosselung aller sachlichen Ausgaben auf eine Verringerung des Beamtenkörpers und eine Weiterführung der Verwaltungsreform hinzuwirken. Auf dem Gebiete des Schulwesens erfolgt eine stärkere Anpassung an andere Länder, so eine Klassenbefreiung der Volksschule mit durchschnittlich 35 Schülern und die Festsetzung von niedrigeren Wochenstundenzahlen. Die Regierung wird ihr Ziel darauf richten, trotz der Sparmaßnahmen, möglichst wenig Lehrer beschäftigungslos werden zu lassen. Nur mit großen Bedenken hat sich die Regierung entschlossen, das Schulgeld für die höheren Schulen von 180 auf 240 RM. zu erhöhen und für das neunte und zehnte Schuljahr der höheren Abteilungen der Volksschule sowie der Volksschulen der Berufsschule ein Schulgeld von 60 RM. einzuführen zu lassen.

Sehr schwer ist es der Regierung geworden, der Beamtenentscheidung des Landes und der Gemeinden große Opfer auferlegen zu müssen. Die Regierung hatte aber nur zu wählen, entweder eine erhebliche Senkung der Personalausgaben durchzuführen, oder die Gehälter in Kürze nicht mehr voll auszahlend. Die Beamtenentscheidung wird aus dieser Maßnahme erkennen müssen, wie eng ihr eigenes Wohlergehen mit dem des Staates verknüpft ist. Die Regierung hat die Gehälter der akademisch gebildeten Lehrer, die weit über die Regelung in anderen Ländern hinausgingen, wesentlich herabgesetzt. Sie hält es nicht für angezeigt, im Rahmen einer Sparnotverordnung die Frage der grundsätzlichen Umgestaltung der akademischen Lehrerbildung aufzuwerfen. Auch die Befolgungsregelung für die seminaristisch vorgebildeten Volksschullehrer und für die mittleren Beamten ging zum Teil über das Maß anderer Länder hinaus. Bei der höheren Beamtenentscheidung wird eine allgemeine Herabsetzung der Gehaltsstufen vorgenommen. Die künftigen Züge bleiben sogar hinter den vor 1927 gezahlten Zügen zum Teil noch zurück und unterschreiten die Bezüge gleichwertiger Reichsbeamter. In der Gemeindebeamtenbefolgung mußte auch eine Neuordnung vorgezogen werden; im allgemeinen bleibt dabei die Gleichstellung mit den vergleichbaren Staatsbeamten aufrechterhalten. Bei der allgemeinen Gehaltskürzung in Höhe von 5 Prozent ist durch eine Freizügigkeit von 1500 RM. Vorsorge getroffen, daß sich bei den unteren Beamtengruppen die Kürzung nur unbedeutend auswirkt. Bei den Volksschullehrern der Polizei konnte wegen der außerordentlich starken dienstlichen Inanspruchnahme eine Gehaltskürzung nicht verantwortet werden. Sie bleiben deshalb von dieser ausgenommen. Die Staatszuschüsse zu den Befolgungen Geistlicher werden so gekürzt, wie dies der Kürzung der Beamtenbezüge entspricht.

Das Ergebnis der besoldungspolitischen Maßnahmen ist eine Ersparnis von rund 5 Millionen RM.; durch die übrigen Maßnahmen werden 2,71 Millionen RM. erspart. Eine weitere Ersparnis von 3 Millionen RM. wird sich ergeben, wenn das Reich, wie beabsichtigt, eine Verringerung der Pensionskala mit Wirkung auch für die Länder vornehmen wird. Die Regierung glaubt hiernach mit 9,71 Millionen RM. Ersparnis und, wie schon ausgeführt, mit 4,44 Millionen RM. Mehreinnahmen rechnen zu können. Da der ausgleichende Fehlbetrag mit 17,8 Millionen RM. zu beziffern ist, müssen noch 3,65 Millionen Reichsmark an Sachaufwand eingespart werden. Nur wenn wir vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückweichen, so führte der Ministerpräsident aus, ist zu hoffen, daß wir beim Reich eine Hilfe in den Not finden, die wir aus eigener Kraft nicht überwinden können.

Es ist ebenso selbstverständlich, daß unsere Gemeinden mit allergrößter Sparsamkeit wirtschaften müssen.

Der Inhalt der sächsischen Spar-Notverordnung.

Vereinfachung der Verwaltung.

Verringerung der Zahl der Amtshauptmannschaften (28 um 3 (Dippoldiswalde, Oelsnitz i. S. und Werdau), der Zahl der Amtsgerichte (112) um 6 (Mittenberg, Bernstadt, Hartenstein, Jöhstadt, Ohorn und Wildenfels) und die

Bereinigung der Kreisshauptmannschaft Baugen mit der Kreisshauptmannschaft Dresden.

Ferner ist vorgesehen die Auflösung des Landesriminalamts, einer Anzahl Forstkämter, von zwei Straßens- und Wasserbauämtern und zwei Landbauämtern, die Vereinigung des Bergamts Freiberg mit dem Bergamt Dresden, die Einziehung der Stelle des sächsischen Gesandten in Berlin nach dem Ausscheiden des jetzigen Stelleninhabers wegen Erreichung der Altersgrenze mit dem 29. Februar 1932, und der Erlass der Sächsischen Staatszeitung durch ein Bekanntmachungsblatt vom Beginn des Rechnungsjahres 1932 ab.

Für das Schulwesen

Bringt die Spar-Notverordnung die Befreiung sämtlichen wahlfreien Unterrichts an der Volksschule und an der Berufsschule, der über die verbindliche Wochenstundenzahl hinausgeht, an der höheren Schule Befreiung wahlfreien Unterrichts in Kurzfrist, Vertununterricht, Rabelarbeiten, in Spiel und in Italienisch, ferner Kürzung des Anjages für Unterricht im Instrumentenspiel. Die Ermäßigungsstunden für die Stellvertretung der Schulleitung werden um die Hälfte herabgesetzt, die Ermäßigungsstunden für die Verwaltung von Lehrmittelsammlungen, Schulbüchereien, Werkstätten, Lehrstätten, Turnhallen, Schulgärten und Leihbibliotheken sowie für die Tätigkeit in Bezirkslehrervereinigungen und für die Leitung in Bezirksabteilungen werden völlig befreit. Die Ermäßigungsstunden für die Leitung von Junglehrerarbeiten, für die Tätigkeit an Versuchsschulen, für Aufsicht in den Schülerheimen (Internaten) und solche Ermäßigungsstunden, die wegen der Menge der Korrekturen bewilligt werden, erfahren Einschränkungen. Vergütungen für besondere Arbeitsstunden an Volks- und Berufsschulen fallen weg. Die wahlfreie Pflichtstundenzahl für Volks-, Hilfs- und Berufsschullehrer wird allgemein auf 30, für wissenschaftliche Lehrer an höheren Schulen allgemein auf 26 Stunden herabgesetzt. Ferner ist die Auffüllung der Volksschulklassen auf durchschnittlich 35 Schüler vorgesehen, bei der Berufsschule die Auffüllung der Klassen für Angelernte in der Regel auf 30. Bei der höheren Schule sollen nicht genügend besetzte Klassen stärker zusammengelegt werden. Neben der Einschränkung der Wochenstundenzahlen an Volks- und Berufsschulen ergeht eine Anweisung auf Herabsetzung der Wochenstundenzahlen auch an den höheren Schulen. Die Aufwandsentschädigungen für Schulwanderungen werden befreit; an ihre Stelle tritt lediglich Ersatz barer Aufwendungen bei Teilnahme von Volks- und Berufsschullehrern an amtlichen Versammlungen außerhalb des Dienstortes und bei Unterrichtserstellung durch solche Lehrer in benachbarten Schulbezirken. Dazu kommt Einführung von Schulgeld beim Besuche des 9. und 10. Schuljahres der höheren Abteilungen an der Volksschule und beim Besuch der Berufsschulvolkshochschulen sowie Erhöhung des Schulgeldes für Schüler aller höheren Schulen auf 240 RM.

Der Dualismus hinsichtlich der gewerblichen Lehranstalten zwischen dem Ministerium für Volksbildung und dem Wirtschaftsministerium wird durch Einrichten einer besonderen Abteilung, die der Leitung des Ministerialdirektors des Wirtschaftsministeriums untersteht, beseitigt. Eine weitere Anordnung bezieht sich auf die Vereinfachung des mittleren wie des höheren Schulwesens und Vereinfachung der gesamten Schulverwaltung.

Für das Hochschulwesen

wird die Einziehung freiverdender Lehrstühle verfügt, wenn für die Wiederbesetzung kein unabwiesbares Bedürfnis besteht. Die Einschreibungsgebühr wird auf 25 RM. und die allgemeine Studiengebühr auf 65 RM. für das Semester festgesetzt.

Staatstheater.

Das Ministerium für Volksbildung hat dem Gesamtministerium bis zum 31. Oktober 1931 einen Plan vorzulegen, der eine wesentliche Herabsetzung des Zuschußbedarfs gewährleistet.

Sparmaßnahmen in der Verwaltung.

In Verwaltungsstreitsachen wird eine Rechtsmittelsumme von 200 RM. für das Berufungs- und Anfechtungsstufenverfahren eingeführt. Gegen Entscheidungen, die die Kündigung oder die Kündigung von Gemeindebeamten betreffen, und gegen Entscheidungen in bestimmten Bau-, Wege-, Gewerbe- und Polizeisachen wird die Anfechtungsklage ausgeschlossen. Im Hinblick auf die dadurch eintretende Entlastung des Oberverwaltungsgerichts kann einer der drei Senate eingezogen werden. Den Verkehr mit Grundstücken betrifft die Aufhebung des Bodenpfandgesetzes vom 20. November 1920. Änderungen in der Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden erfolgen durch Übertragung der Zuständigkeiten der Ministerialinstanzen auf nachgeordnete Behörden auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung, des Medizinwesens, des Bergwesens und des Wasserrechts.

Sicherung der Staatswirtschaft.

Erhöhung der Schlachtsteuer.

Für das nach Sachsen eingeführte Fleisch wird eine Ausgleichsteuer in Höhe von 8 Pf. (frisches Fleisch), 10 Pf. (zubereitetes Fleisch) und 12 Pf. (Fleisch- und Wurstwaren) für ein Kilogramm eingeführt. Zur Schlachtsteuer und zur Ausgleichsteuer wird für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1933 ein Zuschlag von 50 v. H. erhoben.

Gerichts- und Verwaltungskosten.

Verschiedene Verwaltungskosten werden neu festgelegt. Die Gerichts- und Verwaltungskosten erfahren für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1933 einen Zuschlag von 15 v. H. Auf die Stempelsteuer kommt für die Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1933 ein Zuschlag von 20 v. H.

Staatlicher Wirtschaftsstod.

Die zuständigen Ministerien können bestimmen, daß die in der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 31. März 1933 eingehenden Rückflüsse ganz oder teilweise nicht dem Wirtschaftsstod zugeführt, sondern für andere Zwecke der wirtschaftlichen Arbeitslosgenerierung verwendet werden.

Bezüglich des Mindesteinkommens und der Ruhestandsunterstützung der Beamtinnen wird eine Herabsetzung der vom Staate garantierten Beträge um rund 10 v. H. verfügt.

Senkung der Personallasten.

Dienstbezüge der Staatsbeamten.

Das Befolgungsgehalt wird geändert durch Herabsetzung des Ministergehaltes von 30 000 auf 24 000 RM. (nach Abzug der Kürzungen beträgt es 19 800 RM.).

Die Änderung der Befolgungsordnung verfügt:

Herabsetzung der Gehälter der Befolgungsgruppe 1 bis 10 um 400 bis 1000 RM.;

der Stellenzulage bei den höheren Beamten von 600 auf 400 RM.;

der akademisch vorgebildeten Berufsschullehrer auf 3600 bis 6000 RM.;

der akademisch vorgebildeten Volksschullehrer auf 3400 bis 6000 RM.;

der seminaristisch vorgebildeten Volksschullehrer und eines Teiles der mittleren Beamten im Endgehalt von 5800 auf 5400 RM.;

der Hilfschullehrer auf 5700 RM.;

der geprüften Gewerbelehrer auf 6000 RM.;

der Mittelschullehrer auf 5500 RM.;

Teilung der Befolgungsgruppe 14 (Assistenten und Sekretäre) entsprechend der Reichsbefolgungsordnung;

Regelung der Bezüge der Theaterbeamten außerhalb der Befolgungsordnung;

Herabsetzung der Vergütungen der nichtplanmäßigen Beamten und der wissenschaftlichen Assistenten der Hochschulen;

Ausschließen der Dienstaltersaufzählung aller Beamten auf zwei Jahre;

Hinausschiebung der Gehaltsaufzählung bei Beförderung auf ein Jahr;

Einziehung von Unterrichtsgeldern der Professoren zur Staatskasse;

Herabsetzung aller nebenamtlichen Bezüge der Beamten. Befehl der bei der Befolgungsreform 1927 bewilligten Dienstaufwandsentschädigungen für Ministerialbeamte und Behördenvorstände.

Allgemeine Kürzung von 5 v. H. in Erstklasse A und von 4 v. H. in Erstklassen B, C, D für Beamte mit Kindern und von weiteren 2 v. H. für Beamte ohne Kinder. Dabei bleiben von allen Gehältern 1500 RM. Kürzungsfrei. Doppelverdiener, d. h. Beamte, deren Ehegatten ebenfalls im öffentlichen Dienste stehen, erleiden eine weitere Gehaltskürzung von 20 v. H. — Durch die Herabsetzung der Gehaltsstufen und durch die neue Gehaltskürzung zusammen darf sich das künftige Dienstverdienst nicht um mehr als 7 v. H. in Erstklasse A und nicht um mehr als 6 v. H. in Erstklassen B, C, D vermindern. Für Beamte ohne Kinder erhöht sich die Grenze auf 9 bis 8 v. H., für Doppelverdiener gilt sie nicht.

Die Pensionen sind, soweit sie aus den jetzt gekürzten Gehaltsstufen berechnet sind, ebenfalls herabzusetzen. Die Staatsleistungen für den Befolgungen der Geistlichen und Kirchenbeamten sind der Herabsetzung der Gehälter entsprechend zu kürzen.

Sämtliche Vorschriften treten am 1. Oktober in Kraft.

Dienstbezüge der Gemeindebeamten.

Das Gemeindebeamten-Befolgungsgehalt wird so geändert, daß das landeshohegerichtliche Verfahren durch einen Bescheidweg an das Ministerium des Innern ersetzt wird. Die Gemeindebefolgungsvorschriften sind neu aufzustellen. Zuständig hierfür sind die Bürgermeister. Für die Aufstellung sind Richtlinien beizufügen.

Ausgleichsversorgung der Professoren.

Das Emeritierungsgehalt wird aufgehoben. Für die Versorgungsansprüche der Professoren gilt künftig nur das allgemeine Pensionsrecht der Staatsbeamten; die Altersgrenze bleibt jedoch beim vollendeten 68. Lebensjahre. Die Versorgungsbezüge der emeritierten Professoren werden um 10 v. H. herabgesetzt.

Änderung sonstiger beamtenrechtlicher Vorschriften.

Beamte und Lehrer können nach Vollendung des 60. Lebensjahres auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn ihre oder eine gleichwertige Stelle eingezogen werden kann. Dabei sind die Versorgungsbezüge so zu berechnen, als wenn der Beamte bis zum 65. Lebensjahre im Dienst geblieben wäre, auch kann ein Pensionszuschuß von 10 v. H. bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres gewährt werden.

Bezüge der Angestellten.

Zum Zweck der Herabsetzung von Dienstbezügen der Angestellten können Einzelanstellungsverträge mit Halbjahresfrist bis spätestens 31. Dezember gekündigt werden. Das gilt auch für alle Anstalten, Unternehmungen, Betriebe usw., an denen die öffentliche Hand mit mehr als der Hälfte beteiligt ist. Die Bezüge der Theaterangestellten werden außerhalb der bestehenden Beträge nach Richtlinien des Kultusministeriums neu geregelt. Diese Richtlinien gelten auch für Theater- und Drehbühnenunternehmungen der Gemeinden. — Die Bezüge der nicht-beamteten Lehrer an den gewerblichen Lehranstalten werden entsprechend der Beamtenregelung herabgesetzt. Die Vorschriften über Umzugskosten werden an die des Reiches angepaßt.

Richtlinien für die Gemeindebeamtenbefolgungsvorschriften.

Die Einstufung der Gemeindebeamten ist unter Zugrundelegung der Einstufung der Staatsbeamten vorzunehmen. Automatische Aufzählung in höhere Befolgungsgruppen ist nicht mehr zulässig. Nebenbezüge dürfen nur mit Genehmigung der Staatsbehörde gewährt werden. Die Einstufung der Wahlbeamten wird genau vorgeschrieben. Die Oberbürgermeistergehälter in Dresden und Leipzig dürfen 24 000 RM., die Gehälter der Stadträte 12 000 RM. nicht überschreiten. Für Chemnitz sind die Höchstgehälter 22 500 und 11 500 RM., für Plauen 17 000 und 10 500, für Zwickau 15 000 und 10 500 RM., in bezirksfreien Städten von 30 000 bis 50 000 Einwohnern 13 000 und 8500 RM., von 18 000 bis 30 000 Einwohnern 12 000 und 8400 RM. Die Bürgermeistergehälter betragen in den ehemals realisierten Städten von 15 000 bis 20 000 Einwohnern höchstens 11 500 RM., von 10 000 bis 15 000 Einwohnern höchstens 10 500 RM., von 5 000 bis 10 000 Einwohnern 8500 RM., bis 5000 Einwohnern 8400 RM. In den Gemeinden, die nicht die Befugnisse der unteren Verwaltungsbehörde haben, sind die entsprechenden Zahlen

bei mehr a
10 000 Ein
nern 6800
bei kleiner
lösung der
höchste
Einwohner
Landgemei
bis 3500
für die geb
auf ein Se
wandsensid
nur noch i
Grundgebä
Mafu
Der
nisse, alle
des Gleichg
erforderlich
Gemeinder
germeisters
In Ge
Geschäfte d
Amtshaupt
zusammen
als 1500 G
mäßigen G
der 1932 v
heißigen A
verantwort
Das
berungen
berleite er
Zwangsein
führung de
höheren w
kann die St
Staatsom
In
Gehälter?
E
weniger
men, an d
sere betrie
sch...?
kommen, d
Verhaftung
Lampen a
Müßers an
Frage. W
gleichen Z
man er un
Berechnun
teiligen a
Zweifel an
aufschloß
gesandt.
An
nalspöster
die Armin
werden, G
Verchenbet
sichtigt zu
reimalin
weirstelle
man ganz
ren gegen
sollte auch
Die
Staatsanw
in eine H
große Anz
menten. G
ien, jedoch
ur Zeit l
Das
Die
trampfbal
räftig für
Ab.
Kran
schwanz
blieb ste
Neb
als känd
neugierig
Rost
schidm um
Das Au
Gehausen
Sie
die Logd
tragen.
Renner
haus.
Gilt
Ihrer Br
das Auto
wände R
nicht ein
Rost
Klasse de
um ihre
alles an
nehmen.
und ver
Neuen, d
Der
das Aut
fährt la
Grenze
Bahnstai
Man
so bieh.

Japans Vormarsch in der Mandchurei.

London, 23. Septbr. Wie „Daily Telegraph“ aus Peking meldet, bereiten die Japaner die vollständige Besetzung der Mandchurei mit der Begründung vor, daß dort die Ordnung aufrechterhalten werden müsse.

Der Vormarsch der Japaner auf Chabin hat die chinesischen Truppen zum weiteren Rückzug veranlaßt. Tschanghsueihsang hat erneute Anweisung gegeben, seinen Widerstand zu leisten.

Eine starke chinesische Streitmacht hat einen Gegenangriff auf Kungshun-Ling, das ungefähr 60 Kilometer südlich von Tschanghsueihsang liegt, unternommen. Die Kämpfe sind noch im Gange.

Präsident Tschiangkaihsch erklärte, daß die chinesische Regierung zum Kampf bereit sei, wenn der Völkerbund und der Kelloggspakt China keine Gerechtigkeit widerfahren lassen würden.

Japanische Flottenoperation gegen das Jangtse-Gebiet?

Moskau (über Kowno), 23. Septbr. Nach einer Meldung der sowjetischen Telegraphenagentur aus Schanghai sind am Dienstag in Nanjing zwei japanische Kreuzer eingetroffen. Mehrere weitere japanische Kriegsschiffe haben Nanjing passiert und sind in Richtung Hantau abgegangen.

In Schanghai selbst wird zufolge dieser Meldung mit dem Eintreffen der japanischen Flotte gerechnet. In der japanischen Konzeption in Schanghai sind Maschinengewehre aufgestellt.

Chinesisch-japanische Kommission?

Berlin, 23. Septbr. Das japanische Kabinett stimmt nach einer Meldung Berliner Blätter aus Tokio dem Vorschlag zu, einen aus drei Japanern und drei Chinesen bestehenden gemischten Ausschuss zu ernennen, um alle schwebenden chinesisch-japanischen Fragen zu prüfen einschließlich des gegenwärtigen Streitfalles in der Mandchurei.

China lehnt ab.

Tokio, 23. Septbr. Das japanische Außenministerium teilt mit, daß nach einer Mitteilung des japanischen Gesandten aus Peking die chinesische Regierung den Vorschlag der japanischen Regierung betr. eine gemischte chinesisch-japanische Kommission abgelehnt habe. Die chinesische Regierung erkläre, daß irgendwelche Friedensverhandlungen nur dann stattfinden könnten, wenn die japanische Regierung sofort sämtliche Truppen, die sich auf chinesischem Staatsgebiet befinden, zum Abmarsch nach Japan veranlasse.

Rußland gegen den japanischen Vormarsch

Moskau (über Kowno), 23. Septbr. Bei den Unterredungen mit dem japanischen Botschafter am Dienstag erklärte Außenminister Litwinow, daß die russische Regierung gegen einen Vormarsch der japanischen Truppen an die chinesische Ostbahn sei und bat, die japanische Regie-

rung sofort in Kenntnis zu setzen. Ein militärischer Vorstoß gegen die japanische Ostbahn sei nach russischer Meinung durchaus unzulässig und unerwünscht. Es sind heute weitere Mitteilungen in dieser Angelegenheit zu erwarten.

Völkerbund und chinesisch-japanischer Konflikt.

Sondertagung in Madrid.

Genf, 23. Septbr. Der in der gestrigen Nacht vom Präsidenten des Völkerbundesrates gemeinsam mit den Großmächten an die japanische und chinesische Regierung gerichtete telegraphische Appell, der jetzt offiziell bekanntgegeben wird, gibt den Inhalt der gestrigen Entscheidung des Völkerbundesrates in den drei Punkten wieder und weist darauf hin, daß der amerikanischen Regierung die Protokolle der Ratssitzung und das gesamte Dokumentenmaterial übermittelt worden sind. Der telegraphische Appell schließt mit dem Ausdruck der festen Überzeugung, daß die beiden Regierungen alle Maßnahmen ergreifen werden, um irgendwelche Handlungen zu verhindern, die zu einer Verschärfung der Lage führen könnten und einer friedlichen Regelung vorgehen würden. In dem Telegramm an die chinesische und japanische Regierung weist der Präsident des Rates ferner darauf hin, daß unverzüglich mit den Vertretern der beiden Regierungen in Genf Beratungen über die Durchführung des Protokollbeschlusses der Völkerbundversammlung zu beginnen würden. Zu diesen Verhandlungen seien die Vertreter von Deutschland, England, Frankreich und Italien zugezogen worden.

Eine neue Sitzung des Rates zur weiteren Behandlung des chinesisch-japanischen Konfliktes ist vorläufig noch nicht einberufen worden. Sollte bis zum Abschluß der Völkerbundversammlung eine weitere Behandlung des Konfliktes im Rat nicht möglich sein, so ist vorläufig eine außerordentliche Tagung des Rates in Madrid in Aussicht genommen, in der die Mächte durch ihre Madrid-Botschafter vertreten sein sollen.

Der japanische Generalkonsul in Chabin bittet um Schutz.

Peking, 23. Septbr. Der japanische Generalkonsul hat ein Telegramm des japanischen Generalkonsuls in Chabin zugewandt, in dem dieser im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen gegen das Generalkonsulat und gegen japanische Banken um Entsendung von japanischen Truppen der japanischen Kolonie bittet. In Chabin wohnen etwa 14 000 Japaner.

In einer Meldung der chinesischen Presse-Agentur wird behauptet, daß japanische Truppen bereits nach Chabin unterwegs seien. Ein Gebietsstreifen zwischen der chinesischen Ostbahn und der Grenze der Südmandchurei sei von den Japanern kampflos besetzt worden. — Eine Bestätigung dieser Meldung von japanischer Seite liegt noch nicht vor.

deutschen Schrott nach Schweden und Spanien erteilt bekommen. Da der Schrott aber nach Polen ausgeführt wurde, dürfte hier ein schwerer Mißbrauch mit der erteilten Ausfuhrbewilligung getrieben worden sein. Die Zollbehörden sind der Ansicht, daß diese verbotene Schrottausfuhr bereits seit drei Jahren im Gange sei.

Winters Einzug.

München, 23. September. In ganz Südbayern ist ein Winterbruch erfolgt, wie er in diesem Ausmaß im September seit vielen Jahren nicht mehr erlebt wurde. Im bayerischen Allgäu schneit es seit 24 Stunden fast ununterbrochen. Selbst im Flachland fällt der Schnee in dichten Floden. Früher hatte heute früh eine Schneehöhe von 5 bis 6 Zentimetern. In den Bergen liegt der Schnee bis zu einem Meter hoch. Starke Schneeverwehungen führten zu schweren Verkehrsstörungen. Auf der Arlbergstraße mußte ein Auto aus dem Schnee gehäuft werden. Das Bild lief scharenweise zu Tal. Der Schaden für die Landwirtschaft ist groß. Das Vieh, das noch auf der Weide ist, findet nichts mehr zu fressen. Ueber Oberstdorf und Umgebung ging ein Gewitter nieder, das von heftigen Hagelböen begleitet war. Auch München hat heute seinen ersten Schnee gehabt. Das winterliche Bild in der Stadt war jedoch nicht von Bestand.

„Warum hat er kein Licht?“ flüsterte sie, aber der Chauffeur hörte sie nicht.

Lee ruspste nervös an seinen Fingern. Es war eine verrückte Idee gewesen, wegen dieses jungen Dinges da vorn zweimal diesen Weg zu machen. Man hätte sich irgendeine durch die Bogdanowa zuschicken lassen sollen. Aber er war nun einmal so empfindlich gegen Schicksal, daß er sich davor nur retten konnte, indem er sein Personal selbst aussuchte. Und besonders in diesem Falle. Schließlich muß man doch an einem Menschen Freude haben, wenn man nur Männer und eine große Wirtschaftlerin an sich hatte. Da? Wohnte man? Ich mache mich lächerlich und bekomme Dumme-Jungen-Phantasien, ärgerte sich Lee. „Halten!“ schrie er in das Sprachrohr. Der Wagen bremste, stand mit zitternden Rädern.

„Ich gehe zu Fuß weiter!“ rief Lee aussteigend.

„Übergeben Sie das Mädchen Frau Weller.“

„Werden Sie nicht schlafend, Herr?“

Lee untersuchte flüchtig, ob seine Taschenlampe funktionierte. Nicht am Fahrweg stand eine Hütte aus rohen Feldblöcken.

„Ich weiß, wo ich bin,“ antwortete er und schritt vom Wege ab. Das Auto wurde vom Rebel verschluckt.

Nach ein paar Sekunden hörte Lee nichts mehr als das Brausen des Windes. Ein eisalter Nordost durchpölschte ihn bis auf die Haut.

Schwarze, winddurchheulte Vertäfelung! Trostlose Einförmigkeit! — In einen schrägliegenden Vordach gelehnt, versuchte Lee mit den Augen die Finsternis zu durchdringen. Ein dünner Strahl wanderte aus seiner Taschenlampe im Kreise. Als die Rebellin, stürmische Segel, einen Augenblick auseinanderrissen, sah er neben sich dürres Geäst in die Luft starren. Er tastete danach, fühlte sich weiter. Wurzeln nach Wurzeln rügten seine Hände. Eine ganze Schöpfung junger, fränkischer Nadelhölzer lag hingemäht, geisterhaft ragten die zerupften Hüupter, sie stiepen mit den Wurzeln der nachfolgenden Baumreihen zusammen.

Lee hob die Stirn in den Wind, er lachte in den Wind.

„Jersören!“ sagte er. Er neigte sich wieder, seine Hand strich über den rauhen Boden: „Du läßt dich nicht wirklich machen als du bist,“ murmelte er.

(Fortsetzung folgt.)

bei mehr als 10 000 Einwohnern 8800 RM., bei 7000 bis 10 000 Einwohnern 7800 RM., bei 5000 bis 7000 Einwohnern 6600 RM., bei 2000 bis 5000 Einwohnern 5800 RM., bei kleineren Gemeinden entsprechend niedriger. Die Besetzung der Verwaltungsstellen darf ebenfalls bestimmte Höchstgrenzen nicht übersteigen. Landgemeinden bis 1500 Einwohner dürfen nur Assistentenstellen (bis 2700 RM.), Landgemeinden bis 3000 Einwohner nur Sekretärstellen (bis 3500 RM.) haben. Die Zahl der Beförderungsstellen für die gehobene mittlere Verwaltungsbeamtenlaufbahn ist auf ein Sechstel der Gesamtstellenzahl begrenzt. Dienstaufwandsentschädigungen dürfen leitenden Bürgermeistern nur noch in bezirksfreien Städten bis zu 5 Prozent des Grundgehaltes gewährt werden.

Maßnahmen in der Gemeindeverwaltung.

Sicherung der Haushaltsführung.

Der Gemeinderat (Bezirksausschuß) erhält die Befugnisse, alle Sparmaßnahmen zu treffen, die zur Erzielung des Gleichgewichts im Gemeindehaushalt (Bezirkshaushalt) erforderlich sind. Die Staatsbehörde entscheidet, wenn der Gemeinderat (Bezirksausschuß) Sparvorschläge des Bürgermeisters (Amtshauptmanns) ablehnt.

Gemeindeverwaltung.

In Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern werden die Geschäfte der unteren Staatsverwaltungsbehörde auf die Amtshauptmannschaften übertragen. Die Anstellung bezugsfähiger Bürgermeister ist nur in Gemeinden mit mehr als 1500 Einwohnern zulässig. Die Amtsdauer der bezugsfähigen Gemeinderatsmitglieder wird bis zum 31. Dezember 1932 verlängert. Maßnahmen zur Sicherung einer einheitlichen Leitung der Gemeindeverwaltung werden den verantwortlichen Bürgermeistern zur Pflicht gemacht.

Das Verfahren zur Zwangsbeitreibung von Geldforderungen gegen Gemeinden, Bezirksverbände und Schulbezirke erfährt eine Neuregelung. Die Staatsbehörde kann Zwangseinstellungen in den Haushaltplan und die Ausführung des Haushaltsplans anordnen. Das Konkursverfahren wird ausgeschloffen. Das zuständige Ministerium kann die staatliche Verwaltung der Körperschaft durch einen Staatskommissar anordnen.

Aus aller Welt.

Zu den Morden am Bälowlap. — Ein Täter verhaftet? Ende voriger Woche wurde in Saarbrücken ein gewisser Heinrich Blüher unter dem Verdacht festgenommen, an der Ermordung der beiden Berliner Polizeioffiziere beteiligt gewesen zu sein. Zwar ließ die erste Vernehmung des Verhafteten Zweifel an seiner Schuld aufkommen, die so weit gingen, daß die Polizeidirektion die Verhaftung eines Militärs an den Vorgängen am Bälowlap abtritt. Nunmehr steht jedoch die Beteiligung Blühers an den Bälowlap-Krawallen kaum noch außer Frage. Blüher hat sogar zugegeben, daß er Berlin am gleichen Tage gegen 10 Uhr verlassen hat. Im Saargebiet kam er auf Lindegen zehn Tage später an. Bei seiner Vernehmung am Dienstag stellte er wiederum jede Beteiligung an den Berliner Vorkommnissen in Abrede. Da Zweifel an der Identität Blühers auftraten, wurde er photographiert und das Fingerabdruckphoto nach Berlin geschickt.

Neue Verfehlungen bei der Schneidemühlener Kriminalpolizei. Im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen die Kriminalräte Philipp und Rossmann, die beschuldigt werden, Gelder aus dem staatlichen Fonds zur Verwechslung für sich verwendet und Urkunden beizugehen zu haben, ist man auf schwere Verfehlungen des Kriminalkommissars Wally, des Leiters der Spionageabwehrstelle, gestoßen. Den Verfehlungen des Beamten ist man ganz zufällig auf die Spur gekommen. Im Verfahren gegen die beiden Kriminalräte Philipp und Rossmann sollte auch Kriminalkommissar Wally als Zeuge verhört werden. Dabei erlitt er einen Nervenzusammenbruch. Die Staatsanwaltschaft dadurch stutzig geworden, ließ daraufhin eine Hausdurchsuchung bei Wally vornehmen und fand eine große Anzahl Originalakten und Abschriften von Dokumenten. Wegen Wally wurde daraufhin Haftbefehl erlassen, jedoch ist er nach einem Gutachten zweier Amtsärzte zur Zeit taufunfähig. Es muß noch festgestellt werden,

zurückzuhalten versucht, ohne daß man ihm auf ihre genauen Fragen etwas Böses nachsagen konnte. Es schien aber, daß man fast gewinnlich hätte, es tun zu können.

Sobald das Auto das Reichbild der Stadt verließ, schlug der Chauffeur ein unheimlich schnelles Tempo an, das von dem steten Aufbeugen der Hüfte begleitet war. Nichts war zu sehen als trüberrötliche Lichter der Ortschaften, die man durchquerte, hin und wieder ein dumpf aufblinkerndes Schienenstrang, der sich zu drehen schien. Die Fahrt tobte ins Ungewisse. Das leichte Zittern des Wagens teilte sich Rosita mit. Bangigkeit erwürgte sie fast.

Manchmal stieg der Wagen, manchmal fiel er. Zwei Stunden mochten vergangen sein, er fuhr jetzt langsamer, die Wege schienen schlecht zu sein.

„Es ist eine Verrücktheit, hier überhaupt mit dem Auto zu fahren!“ schimpfte der Chauffeur, dessen Stimme Rosita jetzt zum ersten Male hörte.

„Wo sind wir?“ wachte Rosita zu fragen.

„Wo sind wir, wo sind wir — das ist doch immer dasselbe hier. Bei Tage würden Sie auch nicht viel mehr sehen. Braune Hügelrücken, öde Heide, Sumpf. Sie können sich freuen, wenn Sie zur Abwechslung mal ein Schaf bilden hören.“

„Wo liegt das Schloß?“

„Haha, Schloß! Sie denken, so was muß an einem Fluß, einem See liegen, Wald, Bäume haben. . . Hab' ich auch gedacht. Unser Herr sucht sich eins aus, wo Sie sich begraben lassen können. Die Bäume können Sie zählen. Wasser haben Sie genug, aber in einem Sumpf. Sonst haben Sie nichts als viel Regen und Wind. Wenn Sie spazieren gehen wollen, Fräulein, passen Sie auf, daß Sie nicht versteinern. Hinter dem Schloß ist ein Schwamm voll Wasser. Wege gibt's da überhaupt nicht mehr. Ein paar Steine haben sie da und dort hingeworfen, damit man nicht geradeaus in den Sumpf läuft.“

„Und die Heide?“

„Die Heide — was ist da schon groß! Wenn sie blüht, hat sie'n paar Farben — aber jetzt: braun, braun. Und die Hügel ringsum braun. Was Sie nur sehen: braun. Fräuleinchen, das wird einem bald zuviel, wenn man immer in Stäben gewesen ist.“

Ein hartes Klopfen an die Scheibe erschreckte Rosita.

„Sprechen soll man auch nicht,“ murmelte der Chauffeur.

Rosita wagte eine Wendung des Kopfes. Das Wageninnere war stockfinster.

Das Geheimnis des Raubtierhauses.

Roman von Lisa Passon.

(Nachdruck verboten.)

Die Dame in dem brandfarbenen Pelz umfaßte trampfhaft das Handgelenk ihrer Freundin, die übermäßig klüfferte:

„Ab, er ist nicht mehr jung?“

Frau Bogdanowa wollte Lee unter einem Überhang an Döllschkeit in einen Sessel nötigen, aber er blieb stehen, Rosita wurde ihm zugeführt.

„Nehmen Sie den Hut ab, liebes Kind,“ sagte Lee, als Hände er allein mit ihr und wäre nicht etwas von neugierigen Blicken umlagert, „ich will Ihre Augen sehen.“

Rosita hob ihm das Gesicht entgegen. Augen voll Unschuld und Jugend, dachte Lee. „Es ist gut,“ sagte er; „das Auto wartet draußen. Setzen Sie sich neben den Chauffeur. Ihre Sachen lassen Sie nachschicken.“

„Sie haben das recht gemacht,“ wandte er sich an die Bogdanowa, „ich kann keine raffinierten Gesichter vertragen.“ Und im Abgehen: „Ich sehe, Sie haben da nette Neuerwerbungen. Schicken Sie mir eine Kollektion ins Haus.“

„Gut,“ sagte er, die Dame im prunkenden Pelz mit ihrer Freundin. Sie wollte Lee einfliegen sehen, aber das Auto ruckte schon an. Mit zusammengepreßten Lippen wandte sie sich ab, Tränen standen ihr in den Augen.

„Nicht einen Blick hätte er für mich,“ stieß sie heraus, „nicht einen Blick!“

Zweites Kapitel.

Rosita hatte sich darauf vorbereitet, in die zweite Klasse des Oberbezuges aufgenommen zu werden. Nur um ihre erkrankte Mutter unterstützen zu können, hatte sie alles ausgegeben und die Hausstellung bei Lee übernommen. Ich werde jede Nacht arbeiten, dachte das Kind und versuchte, mit diesem Voratz die Angst vor dem Kreben, das nun an es herantrat, zu unterdrücken.

Der Chauffeur hatte Rosita eine Dede übergeworfen, das Auto war sorgfältig, ohne daß sie das Ziel der Fahrt kannte. Sie wußte nur, daß es in die Nähe der Grenze ging und daß Lees Schloß weit weg von jeder Bahnstation lag.

Man hatte ihr viel zugezogen über diesen Mann, als es hieß, sie wolle zu ihm, man hatte sie gewarnt und

Ergänzungen zur Notverordnung

Die Veränderungen in der Landesverwaltung
Dresden, 24. September.

Das Sächsische Gesetzblatt veröffentlicht den 39. Seiten umfassenden Wortlaut der „Verordnung zur Sicherung des Staatshaushalts und der Haushalte der Gemeinden“ vom 21. September 1931.

Aus dem Inhalt, der im wesentlichen bereits bekannt ist, sei noch hervorgehoben: Das Landes-Eichungsamt wird aufgelöst, die Gefangenenanstalt Zwickau I eingezogen. Vereint werden das Büro des Stenographischen Landesamts mit der Landtagstanzlei, die Staatliche Gymnastik mit der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege, die Akademie der bildenden Künste mit der Akademie für Kunstgewerbe in Dresden, die Bautafel Dresden mit dem Schloßrentamt.

Kündigungsrisiken im Schulwesen

Das Verordnungsblatt des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung gibt eine Verordnung zur Durchführung von Kap. II des ersten Teiles der Notverordnung vom 21. September bekannt, insoweit das Volks-, Hilfs- und Berufsschulwesen berührt wird. Danach kann das Ministerium beim Vorliegen besonderer Verhältnisse, besonders zu dem Zweck, möglichst wenige Lehrer beschäftigungslos werden zu lassen, den Zeitpunkt der Durchführung einzelner Sparmaßnahmen später als am 1. November 1931 in Kraft treten. Es macht sich die Ausführung der Sparmaßnahmen auf die einzelnen Schulbezirke auswirken würde. Die Fragebogen werden den Bezirksamtsleitern und Schulbezirken über die Bezirkschulräte zugehen und sind ausgefüllt unverzüglich dem Bezirksamtsleiter einzureichen.

Die Kündigungsfrist für nichtkündliche Lehrkräfte und Ausschüßlehrer wird auf vier Wochen festgelegt. In allen Schularten ist sämtlichen Vertretern, Ausschüßlehrern und nichtkündlichen Lehrkräften für den 31. Oktober 1931 vorfristig sofort zu kündigen.

Die ersten Proteste

Der Gesamtverband der Ortsgruppen Dresden der Deutschen Staatspartei sahte zur sächsischen Notverordnung eine Entschlieung, in der es heißt:

In der abermaligen Kürzung der Beamtengehälter sei eine schwere Benachteiligung der sächsischen Beamtenschaft gegenüber den Beamten des Reiches und der übrigen Länder zu erblicken, die sich auf die sächsische Wirtschaft ungünstig auswirken müsse. Die Staatspartei fordere eine gerechte Verteilung der Steuereinnahmen des Reiches zwischen Reich und Ländern, damit eine gleichmäßige Befolgung der Reichs- und Länderbeamten gewährleistet werde.

Auch der Landesbund Sachsen der Deutschen Beamtenschaft, der Dresdner Lehrerverein und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in Sachsen wenden sich in scharfen Erklärungen und Entschlieungen gegen die sächsische Notverordnung, die als untragbar bezeichnet wird.

Auch der Verband sächsischer Polizeibeamter wendet sich in scharfen Ausführungen gegen die erneute Gehaltstürzung der Beamten.

Der Stadtrat Bautzen richtete an die Staatsregierung ein Schreiben, in dem gegen die angeordnete Aufhebung der Kreisaußenmannschaft Bautzen protestiert wird.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses Delsnik (Boall) befaßten sich eingehend mit der von der Staatsregierung angeordneten Auflösung der Amtshauptmannschaft. In einem an die Staatsregierung gerichteten Telegramm wird gegen diese Maßnahme Protest eingelegt.

Die Steuereinnahmen im August

Die Steuereinnahmen des Landes Sachsen beliefen sich im August dieses Jahres auf 13,36 Millionen Reichsmark gegen 11,10 im Juli 1931 und 6,91 im August 1930. An Reichsteuern wurden überwiesen im August 1931 an das Land 16,14 (August vorigen Jahres 12,61) Millionen Reichsmark. Die Einnahmen der Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und der Bezirksverbände an eigenen Steuern betragen von April bis Juni 1931 insgesamt 31,90 (in der gleichen Zeit des Vorjahres 46,95 von Januar bis März dieses Jahres 53,18) Millionen Reichsmark. Ihr Anteil am Ertrage der Reichsteuern belief sich von April bis Juni dieses Jahres auf 17,37 Millionen Reichsmark (gegen 26,67 im Vorjahr und 21,47 von Januar bis März dieses Jahres).

Letzte Nachrichten

Volkspartei verlangt Entscheidungen

Hamburg, 24. September.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die gestrige Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei nahm die Berichte der eingeleiteten Sachverständigen über die Fragen des öffentlichen Haushaltes, der Geld- und Währungsfrage, der Hauszinssteuer und des gesamten Lohnwesens entgegen. Das Ergebnis wird für weitere Verhandlungen der Fraktion mit der Reichsregierung und sonstigen politischen Stellen die gegebene Unterlage sein. Auf Grund eines Berichtes des Fraktionsvorsitzenden über seine Verhandlungen mit dem Reichsanwalt über die erlassenen und geplanten Maßnahmen der Reichsregierung und über die gesamte politische Lage fand eine eingehende politische Aussprache statt.

Die Fraktion verzeichnet mit großer Sorge und mit lebhaftem Unbehagen, daß die Reichsregierung gegenüber einer mit jedem Tage gefährlicher werdenden Gesamtlage sich zu durchgreifenden Entscheidungen noch nicht hat entschließen können und daß die bisher veröffentlichten Maßnahmen einen unerkennbar einseitigen Charakter tragen.

Vor Pressedirektoren erklärte der Parteiführer Dingeldey, er verhele nicht, daß man von einem besonderen Vertrauen zur Reichsregierung bei der volksparteilichen Fraktion nicht gerade sprechen könne. Bei ihr herrsche vielmehr der Eindruck vor, daß der entschlossene Wille zur wirklichen Führung, auf den das Volk angeht, der eigenen Unsicherheit den drohenden Gefahren des Winters gegenüber einen Anspruch habe, bis jetzt nicht zu hören sei.

Die beiden Hauptfragen der Gegenwart seien eine durchgreifende Reform der Hauszinssteuer und eine Auflockerung des Zwangssystems in der gesamten Wirtschaft. In diesen beiden Richtungen sehe die Fraktion bis jetzt keinerlei Anlässe bei der Reichsregierung. Gegenüber den bisher veränderten Maßnahmen habe die Fraktion das Gefühl, daß sie nicht lediglich durch tatsächliche Überzeugungen, sondern auch durch Rücksichten auf sozialdemokratische Wünsche diktiert worden seien.

Der Konflikt in Ostasien

Genf, 24. September.

Die gestern abend abgehaltenen vertraulichen Besprechungen der Ratsmitglieder über den chinesisch-japanischen Konflikt haben ein greifbares Ergebnis nicht gebracht.

Von chinesischer Seite wird nach wie vor die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen verlangt die bei der Gegenseite auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Dagegen hat sich der japanische Vertreter nach langem Drängen der übrigen Ratsmitglieder bereit erklärt seiner Regierung telegraphisch die Zustimmung zur Entsendung einer Kommission neutraler Beobachter in die Mandchurei vorzuschlagen. Was die besonders heikle Frage der Beteiligung der außerhalb des Völkerbundes stehenden Mächte an der Lösung des gegenwärtigen Konfliktes betrifft, so hat die Regierung der Vereinigten Staaten mitteilen lassen, daß sie sich an einer Untersuchung des Sachverhaltes in der Mandchurei im Augenblick nicht beteiligen würde. Dagegen verlautet, daß der Präsident des Völkerbundes beabsichtigt, heute in irgendeiner Form die Völkerbundsversammlung mit der Angelegenheit zu befaßen.

Kongreß der 150000 Postbeamten

Berlin, 24. September.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der rund 150000 deutsche Postbeamte umfaßt, begann am Mittwoch in Berlin seinen Verbandstag. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtensbundes, Flügel, kritisierte scharf die überstürzte Rationalisierung und die starke Preispolitik der Wirtschaft. Wenn der Beamtensbund nicht alles Anrecht an den Beamten habe verhindern können, so sei das darauf zurückzuführen, daß das Parlament sich selbst ausgeschieden habe.

In seinem Tätigkeitsbericht trat der Vorsitzende des Verbandes, Angler, für eine Verbesserung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse ein; er wandte sich gegen die Zurückdrängung des Berufsbeamtentums in der Postverwaltung und forderte die 48-Stunden-Woche.

In der ausführlichen Aussprache wurden besonders stark die Wünsche der unteren und mittleren Belegschaftsgruppen vorgetragen. Auch wurde die Anrufung des Staatsgerichtshofes wegen der Verletzung mobiler Rechte der Beamten verlangt. Darauf erwiderte der Bundesvorsitzende Klügel, der Deutsche Beamtensbund werde durch Prozesse feststellen lassen, was eigentlich wohlerworben Rechte seien.

Sport

Verchiebung der Olympischen Spiele?

Ein Vorschlag Englands

Eine angesehenen schwedische Tageszeitung bringt die sensationelle Mitteilung, daß das englische Olympische Komitee beabsichtige, dem amerikanischen Olympischen Komitee vorzuschlagen, die Olympischen Spiele 1932 in Los Angeles zu verschieben, bis ruhigere Verhältnisse in der Welt eingetreten sind. Vor diesem Schritt wolle England jedoch erst an die übrigen europäischen Länder herantreten, die in gleicher Weise unter der Krise zu leiden haben. In den führenden Sportkreisen Schwedens wird erklärt, daß Schweden sich dieser Aktion anschließen würde, falls die großen Sportnationen England, Frankreich und Deutschland für eine Verlegung der Olympischen Spiele eintraten.



Ab Donnerstag bis mit Montag



ALS TONFILM-OPERETTE

Die unsterblichen Bettelstudentenweisen erklingen aufs neue in einem Tonfilm, der nach der weltberühmten Willöder-Operette gedreht worden ist. Beste gesangliche und schauspielerische Kräfte sind die Mitwirkenden. Eine Fülle lustiger Szenen erregen stürmische Heiterkeit.

Als weiteres Programm:

ein Wickmausfilm „Alice lebt in den Kiege“.

Bei den Fischern in der Döfse und die Wochenschau.

Preise: 0,70, 0,90, 1,10 Mk. Ermäß. u. Rent. 20 Pfg. Ermäß. Spielz.: Donnerstag, Freitag, Sonnab. 8⁰⁰, Sonntag 5⁰⁰, 8⁰⁰, Montag 8⁰⁰ Uhr.

Sonntag halb 3 Uhr Kindervorl. (20 Pfg.)

Salicyl-Pergament

empfehl

Buchhandlung Herm. Rühle.

Zurückgekehrt vom Grabe meines innigstgeliebten, unvergesslichen Gatten, unseres lieben Vaters, Schwieger- und Grossvaters, Bruders und Onkels

Herrn Adolf Gustav Lunze

sagen wir hierdurch für den zahlreichen herrlichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhstätte unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Dr. Förster für seine Bemühungen, den Nachbarn für die herzliche Anteilnahme, sowie Herrn Pfarrer Polster für seine trostreichen Worte und dem Chor für den erhebenden Gesang.

Dir aber lieber Rutschlafener rufen wir ein „Ruhe sanft“ und „Habe Dank“ in dein stilles Grab nach.

Ottendorf-Okrilla, den 23. September 1931.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Achtung!

Preisabbau!

Die unterzeichneten Friseur von Ottendorf-Okrilla haben der heutigen Zeit entsprechend ihre Bedienungspreise bis zur äußersten Grenze herabgesetzt und kostet ab heute:

Herrn-Haarschnitten 65 u. 55 Pfg.
Rasierern 20 Pfg.
Damen- und Kopfs-Frisieren 75 Pfg.
Damen-Haarschnitten 60 Pfg.

Alle übrigen Preise haben ebenfalls eine bedeutende Senkung erhalten und bitten wir auch fernerhin um freundliche Unterstützung unserer Unternehmen

Rose. Zenker. Groß. Schwarz. Wünsche.

Drucksachen

liefert preiswert Buchdruckerei Hermann Rühle.

Restaurant zum Rödertal

Auf, alles Sonnabend, den 26. Sept. zum urkomischen

Rödertal-Konzert

da ist der Teufel los, da gibts a gut's Musik und Bier, viel Spass, Humor und Zeche ist nicht groß.

Küche und Keller bieten das Beste.

Otto Leske und Frau.

Gegen üblen Mundgeruch

„Ich will nicht verfluchen, wenn ich nicht nur reine, weisse Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihre Chlorodont auf alle Fälle empfehlen.“
Herr G. G. Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 24 Pf. und 50 Pf., und wolle jeden Erfolg dafür danken.

Gasthaus z. Forsthaus.

Morgen Freitag Abgabe von jungen, zarten

Hirsch-Fleisch.

Ferkel

verkauft Ottendorf-Okrilla Raderbergerstr. 43.

Handwagen
Kartoffelkörbe
Spreukörbe
sowie alle anderen

Korb- u. Holzwaren
empfiehlt zu billigsten Preisen

Walter Kretzschmar
Lausa